

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

**Änderungsantrag zum Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen:
Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen (Drs. 18/951 vom 12.06.2013)**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Es wird folgende Nummer 2 angefügt:

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat und den Magistrat auf, im Sinne einer Selbstverpflichtung dafür zu sorgen, dass in der öffentlichen Verwaltung des Landes und der Stadtgemeinden keine Werkverträge eingesetzt werden, um vorherige Regeltätigkeiten zu erledigen.

Der bisherige Beschlusstext wird als Nr. 1 nummeriert.

Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE